

Inhaltsübersicht

§ 1 Einführung.....	1
I. Einleitung.....	1
II. Problemumriss und Konturen.....	4
III. Gang der Darstellung und Methodengrundlage	6
Teil 1: Spezialisierung in wirtschaftsrechtlichen Streitigkeiten als verfahrenstheoretischer Topos.....	9
§ 2 Forumswettbewerb als Reformtreiber in der Ziviljustiz	10
I. Vom hoheitlichen Gewaltmonopol zum systemrelevanten Wettbewerb der Streitbeilegungsforen	11
1. Die deutsche Ziviljustiz im Wettbewerb	12
2. Attraktivität im Pendel zwischen Staatspflicht und Staatsinteresse ...	22
3. Eingeschränkte Möglichkeit einer Attraktivitätssteigerung	31
II. Maßstab zur Förderung der Attraktivität der Ziviljustiz.....	34
1. „Conflict-Solving Justice“ nach Damaška: Ein neues Paradigma?	34
2. Erwartungsbewusste statt nachfragebestimmte Justizreformen	37
3. Versagung rein nachfragededefinierter Attraktivitätskriterien	38
4. Herausarbeitung rechtspolitisch handhabbarer Kriterien	41
§ 3 Spezialisierung als Forumsfaktor	55
I. Wesensmäßige Bestimmung der Spezialisierung	55
1. Definitorische Annäherung	55
2. Verfahrenstheoretische Dimension	56
3. Institutionentheoretische Einrahmung nach Baum	58
II. Wirkungen und Gründe des Einsatzes von Spezialisierung.....	62
1. Fehlen verfassungsrechtlicher Mindestvorgaben.....	62
2. Spezialisierung in der Ziviljustiz	63
3. Zwischenergebnis	76
III. Spezialisierung als Strukturmaßnahme zur Überwindung der Komplexität wirtschaftszivilrechtlicher Streitigkeiten	77

1. Spezialisierung in wirtschaftszivilrechtlichen Streitigkeiten: ein Paradoxon?	77
2. Exkurs: Spezialisierung durch Verfahrensführung in englischer Sprache?	78
3. Besondere Notwendigkeit von Expertise im Wirtschaftsrecht	79
4. Zwischenergebnis	89
IV. Zwischenergebnis	90
Teil 2: Spezialisierung in wirtschaftszivilrechtlichen Streitigkeiten und ihre Wirksamkeit	92
§ 4 Gerichtsverfassungsrechtliches Instrumentarium zur Einrichtung spezialisierter Spruchkörper	93
I. Maßstab für die Erkennung von Spezialisierungsmaßnahmen	93
1. Immanente Gründe für einen hohen Schwierigkeitsgrad der Identifizierung von Spezialisierungsmaßnahmen in der Justiz	93
2. Dimensionen der Spezialisierung nach Baum	94
3. Indizwirkung von Historie und Sinn und Zweck	95
II. Spezialisierung durch gerichtsverfassungsrechtliche Abspaltung	96
1. Vollständige gerichtsverfassungsrechtliche Abspaltung: Die Arbeitsgerichtsbarkeit	97
2. Partielle gerichtsverfassungsrechtliche Abspaltung: Das Bundespatentgericht	102
III. Spezialisierung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit	103
1. Fallkonzentration durch Regulierung des örtlichen Fallaufkommens	104
2. Richterkonzentration	116
3. Kammerzuständigkeit als Wissenstransfermechanismus	144
§ 5 Defizite spezialisierter Spruchkörper in Wirtschaftszivilstreitigkeiten	146
I. Kammern für Handelssachen	146
1. Die Kammer für Handelssachen als Archetyp spezialisierter Spruchkörper	146
2. Unzulängliche Regulierung des Fallaufkommens	150
3. Zuständigkeit der Kammer für Handelssachen	153
4. Zusammensetzung des Spruchkörpers	159

II.	Zivilkammern in Wirtschaftszivilstreitigkeiten.....	189
1.	Obligatorische Einrichtung von Spezialkammern	189
2.	Zuweisung „allgemeiner“ Zivilsachen an die Spezialspruchkörper .	190
3.	Kompetenzkonflikte bei gesetzlicher Geschäftsverteilung	191
4.	Kammerzuständigkeit nach § 348 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 ZPO	203
III.	Spezialisierung von Commercial Courts	210
1.	Drosselung des Fallaufkommens durch Zugangserfordernisse	211
2.	Spezialisierungseinbußen bei fragmentarischer Länderkooperation	216
3.	Spezialisierungseinbußen bei fehlender Zuständigkeitskonkretisierung nach § 119b Abs. 1 S. 2 GVG	217
4.	Keine „Spezialisierung“ der Commercial Courts in der Tatsachenermittlung aufgrund ihrer Verortung im Instanzenzug? ...	218
IV.	Zusammenfassung und Gesamtbewertung	219
Teil 3: Zukunftsperspektiven der Spezialisierung in wirtschaftszivilrechtlichen Streitigkeiten.....		223
§ 6	Reformmaßstab	224
I.	Verfassungsrechtliche Grenzen	224
1.	Zuweisung bestehenden Sachverstands im Einzelfall und gesetzlicher Richter	224
2.	Flächendeckende Rechtsversorgung und Justizgewähranspruch	225
3.	Spezialisierung und Selbstverwaltung der Justiz	227
4.	Bundesweite Regelung und Gerichtsorganisationshoheit der Länder	227
II.	Grundlegende Postulate für den Ausbau der Spezialisierung	228
1.	Rückschlüsse aus dem institutionentheoretischen Rahmen und den potentiellen Spezialisierungseffekten	228
2.	Designmäßige Entschärfung inhärenter Nachteile der Spezialisierung	229
3.	Empirische Unsicherheiten über die Wirkungen der Spezialisierung und Eigenwert der ZPO und des GVG: Eine Mahnung zur Zurückhaltung.....	239
4.	Intrinsische Qualitäts- und Effizienzsteigerung.....	241
§ 7	Maßnahmensynthese	244

I.	Ausbau der Spezialisierung auf Gerichts- und Spruchkörperebene .	244
II.	Maßnahmen zur Erhöhung der Fallkonzentration	247
III.	Maßnahmen zur Erhöhung der Richterkonzentration	249
1.	Idealrichterbild in wirtschaftszivilrechtlichen Streitigkeiten: der sacherfahrene Volljurist	249
2.	Ausbau der Spezialisierung auf Grundlage des Zivilkammermodells	250
3.	Spruchkörperspezialisierung in Sachgebieten ohne obligatorische Vorgabe	252
4.	Spruchkörperspezialisierung im Instanzenzug	254
5.	Geschäftsplanaufstellungsrichtlinien zur Richterkonzentration	257
6.	Personalpolitik	258
IV.	Beschleunigung des Wissenstransfers in Spezialmaterien	
	durch Kammerzuständigkeit	260
V.	Notwendige flankierende Maßnahmen	261
1.	Erhöhung des Justizetats	261
2.	Moderne Kommunikationstechniken und Ausstattung	262
3.	Sichtbarkeit und Kommunikation	263
4.	Fortlaufende Bewertung der Spezialisierung durch den Gesetzgeber	264
§ 8	Zusammenfassung der Ergebnisse	266
I.	Forumswettbewerb als Reformtreiber in der Ziviljustiz	266
II.	Spezialisierung als Forumsfaktor	268
III.	Gerichtsverfassungsrechtliches Instrumentarium in wirtschaftszivilrechtlichen Streitigkeiten	269
IV.	Defizite spezialisierter Spruchkörper in Wirtschaftszivilstreitigkeiten	272
V.	Reformmaßstab	275
VI.	Maßnahmensynthese	277
	Literaturverzeichnis	282

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung.....	1
I. Einleitung.....	1
II. Problemumriss und Konturen.....	4
III. Gang der Darstellung und Methodengrundlage	6
Teil 1:Spezialisierung in wirtschaftsrechtlichen Streitigkeiten als verfahrenstheoretischer Topos.....	9
§ 2 Forumswettbewerb als Reformtreiber in der Ziviljustiz	10
I. Vom hoheitlichen Gewaltmonopol zum systemrelevanten Wettbewerb der Streitbeilegungsforen	11
1. Die deutsche Ziviljustiz im Wettbewerb	12
a) Bedeutungsverlust in der Ziviljustiz	15
b) Die Commercial Courts-Bewegung	17
c) Bedeutungszuwachs der Handelsschiedsgerichtsbarkeit	19
2. Attraktivität im Pendel zwischen Staatspflicht und Staatsinteresse ...	22
a) Verfassungsrechtliche Postulate	22
aa) Effektivität des Rechtsschutzes	22
bb) Rechtssicherheit und Rechtsfortbildung	23
cc) Justizgewähranspruch und sozialstaatliche Gesichtspunkte ...	27
b) Wohlfahrtsökonomische Gesichtspunkte	27
aa) Präjudizienbasierte Planungssicherheit	27
bb) Rechtsdienstleistungsmarkt als Wirtschaftsstandortfaktor	28
c) Expertiseverlust und justizendogene Disparität	30
3. Eingeschränkte Möglichkeit einer Attraktivitätssteigerung	31
a) Erkennbare Funktionstrennung zwischen Justiz und Schiedsgerichtsbarkeit.....	31
b) Wettbewerbshemmnisse und zementierte Wettbewerbsvorteile ...	32
II. Maßstab zur Förderung der Attraktivität der Ziviljustiz.....	34
1. „Conflict-Solving Justice“ nach Damaška: Ein neues Paradigma?	34
2. Erwartungsbewusste statt nachfragebestimmte Justizreformen	37
3. Versagung rein nachfragedefinierter Attraktivitätskriterien	38
4. Herausarbeitung rechtspolitisch handhabbarer Kriterien	41
a) Wahrnehmbare Forumsneutralität als Grundbedingung	42

b) Ausschluss unilateraler Belange	43
c) Nachfrageinduzierte Kriterien: Ökonomische Analyse des Vertragsrechts	44
aa) Fehlerkosten	46
i. Vorwirkung von Durchsetzungsfehlern auf die Vertragsgestaltung.....	46
ii. Verzerrung des Anreizsystems zu vertragsgemäßigem Verhalten.....	47
bb) Direktkosten	48
i. Kosten der Rechtsdurchsetzung und Kollateralschäden ..	48
ii. Zeitverlust	49
cc) Zwischenergebnis: Transkription der ökonomischen Orientierungspunkte in verfahrenstheoretische Leitlinien	50
i. Präzision und Effizienz sowie das Verhältnis zwischen Zielvorgaben.....	50
ii. Vorhersehbarkeit und Sichtbarkeit der Arbeitsweise und der Ergebnisses.....	52
§ 3 Spezialisierung als Forumsfaktor	55
I. Wesensmäßige Bestimmung der Spezialisierung	55
1. Definitorische Annäherung	55
2. Verfahrenstheoretische Dimension	56
3. Institutionentheoretische Einrahmung nach Baum	58
a) Entscheidungskonzepte zum Einsatz von Spezialisierung.....	58
aa) Ökonomischer Ansatz: Spezialisierung als Mittel zum Zweck	58
bb) Soziologischer Ansatz: Spezialisierung entlang einer Pfadabhängigkeit	59
cc) Process Stream-Ansatz.....	59
b) Eigener Ansatz	60
II. Wirkungen und Gründe des Einsatzes von Spezialisierung.....	62
1. Fehlen verfassungsrechtlicher Mindestvorgaben.....	62
2. Spezialisierung in der Ziviljustiz	63
a) Wertungsgeprägte Spezialisierung.....	63
b) Wertungsneutrale Spezialisierung	64
aa) Effizienzstiftende Wirkung	65
bb) Qualitätsstiftende Wirkung	67
i. Vorteile der Spezialisierung und methodologischer Vorbehalt	68
α) Keine abstrakte Bestimmbarkeit des Expertisebegriffs ...	68

αα)	Psychologische Konzepte zur abstrakten Erfassung spezialisierungsbedingter Expertisesteigerungen ..	68
ββ)	Unbestimmbarkeit der beim Rechtsfindungsprozess mitwirkenden Expertisebereiche und ihrer Gewichtung	70
β)	Keine abstrakte Messbarkeit der erhöhten Entscheidungsqualität.....	70
γ)	Keine abstrakte Beurteilung der konkreten Spezialisierungsmaßnahmen zur Erreichung einer Expertise durch Spezialisierung.....	71
ii.	Gesetzgebungstheoretische Folgerungen zum Einsatz von Spezialisierung	72
cc)	Residuale Effekte.....	74
c)	Exkurs: Ablehnung wirkungsunabhängiger Einsatzkriterien.....	75
3.	Zwischenergebnis	76
III.	Spezialisierung als Strukturmaßnahme zur Überwindung der Komplexität wirtschaftszivilrechtlicher Streitigkeiten	77
1.	Spezialisierung in wirtschaftszivilrechtlichen Streitigkeiten: ein Paradoxon?	77
2.	Exkurs: Spezialisierung durch Verfahrensführung in englischer Sprache?	78
3.	Besondere Notwendigkeit von Expertise im Wirtschaftsrecht	79
a)	Komplexität wirtschaftsrechtlicher Streitigkeiten	79
aa)	Determinanten der Komplexitätssteigerung	80
i.	Technologisch-evolutionäre und sozioökonomische Impulse.....	80
ii.	Autopoietische Effekte	81
iii.	Wirtschaftliche Verflechtung und Globalisierung	82
bb)	Tiefgreifender Niederschlag im Erkenntnisverfahren wegen der hochspezialisierten Anwaltschaft	84
cc)	Auswirkungen der Komplexitätssteigerung im Erkenntnisverfahren.....	86
i.	Sachverhaltsermittlung und Rechtsanwendung	86
ii.	Verfahrensdauer und Prozesskosten	88
b)	Akzeptanzförderung und nachfrageinduzierte Auswahlkriterien..	89
4.	Zwischenergebnis	89
IV.	Zwischenergebnis.....	90
Teil 2	Spezialisierung in wirtschaftszivilrechtlichen Streitigkeiten und ihre Wirksamkeit	92

§ 4 Gerichtsverfassungsrechtliches Instrumentarium zur Einrichtung spezialisierten Spruchkörper	93
I. Maßstab für die Erkennung von Spezialisierungsmaßnahmen	93
1. Immanente Gründe für einen hohen Schwierigkeitsgrad der Identifizierung von Spezialisierungsmaßnahmen in der Justiz	93
2. Dimensionen der Spezialisierung nach Baum	94
3. Indizwirkung von Historie und Sinn und Zweck	95
II. Spezialisierung durch gerichtsverfassungsrechtliche Abspaltung	96
1. Vollständige gerichtsverfassungsrechtliche Abspaltung: Die Arbeitsgerichtsbarkeit	97
a) Historische Entwicklung und Eigenständigkeit des Rechtswegs ..	97
b) Kompetenzbereich und prozessuale Besonderheiten der Arbeitsgerichte	100
c) Zusammensetzung der Arbeitsgerichte	101
2. Partielle gerichtsverfassungsrechtliche Abspaltung: Das Bundespatentgericht	102
III. Spezialisierung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit	103
1. Fallkonzentration durch Regulierung des örtlichen Fallaufkommens	104
a) Allgemeine Fallkonzentrationsermächtigung nach § 13a GVG..	105
b) Besondere Fallkonzentrations- und - dekonzentrationsermächtigungen	109
aa) Handelssachen vor Amtsgerichten, § 23d S. 1 Var. 2 GVG.	109
bb) Spezialisierte Landgerichte in Ballungsräumen, § 60 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 GVG	110
cc) Bezirks- und Länderübergreifende Commercial Courts nach § 119b Abs. 1 S. 1 Hs. 1, 3 und 6 GVG	111
dd) Konzentration mit Abweichungsermächtigung in Insolvenz-, Restrukturierungs- und Sanierungssachen	112
ee) Weitere sachgebietsbezogene Konzentrationsermächtigungen	114
c) Zwischenergebnis	116
2. Richterkonzentration	116
a) Mechanismen zur Richterkonzentration auf Gerichtsebene	117
aa) Spezialisierte Landgerichte durch ausschließliche Bildung von Zivilkammern nach § 60 Abs. 2 S. 1 Alt. 1 GVG	117
bb) Commercial Courts an jeweils einem Oberlandesgericht oder Obersten Landesgericht nach § 119b Abs. 1 GVG	118
b) Mechanismen zur Richterkonzentration auf Spruchkörperebene	120
aa) Gesetzliche Geschäftsverteilung	122

i. Einrichtung nach §§ 72a, 119a GVG	122
ii. Weitere obligatorische Spezialspruchkörper	125
bb) Materielle Geschäftsverteilung	126
i. Bestimmung der Kammeranzahl durch die Justizverwaltung	126
ii. Gerichtsinterne Geschäftsverteilung durch das Präsidium, § 21e GVG	127
iii. Spruchkörperinterne Geschäftsverteilung, § 21g GVG .	131
cc) Fakultative Einrichtung und Auflösung spezialisierter Spruchkörper mit festgelegtem oder variablem Kompetenzbereich	133
i. Kammern für Handelssachen nach § 93 GVG.....	133
ii. Commercial Chambers nach § 184a GVG als spezialisierte Spruchkörper?	135
iii. Auflösung von spezialisierten Spruchkörpern.....	136
c) Personelle Geschäftsverteilung und Richterkonzentration	139
aa) Personelle gerichtsinterne Geschäftsverteilung nach § 21e GVG	140
bb) Gesetzliche personelle Geschäftsverteilung	142
i. Einbeziehung gerichts- bzw. gerichtszweigfremder Berufs- und ehrenamtlicher Richter.....	142
ii. Besondere Anforderungen an die Person des Richters ..	143
3. Kammerzuständigkeit als Wissenstransfermechanismus	144
 § 5 Defizite spezialisierter Spruchkörper in Wirtschaftszivilstreitigkeiten	146
 I. Kammern für Handelssachen	146
1. Die Kammer für Handelssachen als Archetyp spezialisierter Spruchkörper	146
2. Unzulängliche Regulierung des Fallaufkommens	150
a) Bildung und Aufrechterhaltung ohne Bedarfsprüfung	150
b) Fehlende Synchronisierung mit Konzentrationsmechanismen ...	151
3. Zuständigkeit der Kammer für Handelssachen.....	153
a) Fachlichkeit in Handelssachen: ein Paradoxon	153
b) Spezialisierungshindernde Voraussetzungen der Zuständigkeitsbegründung.....	154
aa) Verringerung des Fallaufkommens infolge der Antragserfordernisse.....	155
bb) Reichweite des Zuständigkeitsbereichs und prozesstaktische Möglichkeiten.....	157

cc) Weitere Schmälerung des Fallaufkommens bei ausschließlicher Einrichtung von Zivilkammern als Commercial Chambers nach § 184a Abs. 1 S. 4 GVG.....	158
4. Zusammensetzung des Spruchkörpers.....	159
a) Ratio der interdisziplinären Besetzung der Richterbank	161
aa) Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit	162
bb) Ehrengerichtsbarkeit am Beispiel von Anwalts- und Notarsachen	164
cc) Ordentliche Gerichtsbarkeit	165
α) Kammer für Landwirtschaftssachen.....	165
β) Kammer für Baulandsachen.....	166
γ) Kammer für Handelssachen.....	167
dd) Patentgerichte	169
ee) Zwischenergebnis	171
b) Realer Mehrwert der Mitwirkung von Handelsrichtern.....	171
aa) Feststellung des Sachverhalts.....	171
bb) Rechtliche Würdigung und Urteilsbegründung	175
cc) Rechtsfortbildung	180
dd) Akzeptanz, Befriedungseffekt und Vergleichsförderung	181
ee) Bewertung	182
i. Vereitelung jedes potenziellen Nutzens durch die Art und Weise der Hinzuziehung und Mitwirkung der Handelsrichter	182
ii. Sachverständige auf der Richterbank und Rollenperplexität	183
iii. Handelsrichterbeteiligung als Forumsfaktor	185
iv. Ergebnis	187
II. Zivilkammern in Wirtschaftszivilstreitigkeiten.....	189
1. Obligatorische Einrichtung von Spezialkammern	189
2. Zuweisung „allgemeiner“ Zivilsachen an die Spezialspruchkörper .	190
3. Kompetenzkonflikte bei gesetzlicher Geschäftsverteilung	191
a) Objektive Klagehäufung.....	191
aa) Mindestreichweite der Spezialmaterien in der Streitigkeit zur Begründung der Zuständigkeit eines Spezialspruchkörpers nach §§ 72a Abs. 1, 119a Abs. 1 GVG.....	191
bb) Nachträgliche Begründung der Spezialkammerzuständigkeit	193
cc) Zuständigkeitserschleichung bei Geltendmachung spezialzuständigkeitsbegründender Forderungen	195
dd) Konkurrenzverhältnisse zwischen Spezialspruchkörpern	197

i.	Konkurrenzverhältnis zwischen den Spezialkammern nach §§ 72a Abs. 1 Nr. 1 bis 7 bzw. 119a Abs. 1 Nr. 1 bis 7 GVG untereinander	197
ii.	Anderweitige Spezialzuständigkeit für den überwiegenden Teil des Streitgegenstands kraft Geschäftsverteilungsplans	198
iii.	Anderweitige Spezialzuständigkeit für einen Teil des Streitgegenstands kraft Rechtsverordnung nach §§ 72a Abs. 2, 119a Abs. 2 GVG	199
iv.	Spezialkammern nach §§ 72a Abs. 1 bzw. 2 GVG und Kammer für Handelssachen	200
b)	Erweiterter Kompetenzbereich nach §§ 72a Abs. 3, 119a Abs. 3 GVG	201
aa)	Auslegungskompetenz	201
bb)	Gespaltene Zuständigkeit und fehlende Befugnis zur Abgabe an den zuständigen Spruchkörper	202
4.	Kammerzuständigkeit nach § 348 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 ZPO	203
a)	Einzelrichterzuständigkeit trotz Vorliegens einer Spezialstreitigkeit	204
b)	Kumulative Katalogzugehörigkeit und gesetzlicher Richter	207
III.	Spezialisierung von Commercial Courts	210
1.	Drosselung des Fallaufkommens durch Zugangserfordernisse	211
a)	Verringerung und Hinauszögerung des Fallaufkommens infolge der Zugangserfordernisse	211
b)	Überhöhte Streitwertschwelle nach § 119b Abs. 1 S. 1 Hs. 2 GVG	213
c)	Schwierigkeiten bei der Abfassung der Zuständigkeitsvereinbarung	215
2.	Spezialisierungseinbußen bei fragmentarischer Länderkooperation	216
3.	Spezialisierungseinbußen bei fehlender Zuständigkeitskonkretisierung nach § 119b Abs. 1 S. 2 GVG	217
4.	Keine „Spezialisierung“ der Commercial Courts in der Tatsachenermittlung aufgrund ihrer Verortung im Instanzenzug? ...	218
IV.	Zusammenfassung und Gesamtbewertung	219

Teil 3: Zukunftsperspektiven der Spezialisierung in wirtschaftszivilrechtlichen Streitigkeiten	223
--	-----

§ 6 Reformmaßstab	224
-------------------------	-----

I.	Verfassungsrechtliche Grenzen.....	224
1.	Zuweisung bestehenden Sachverstands im Einzelfall und gesetzlicher Richter	224
2.	Flächendeckende Rechtsversorgung und Justizgewähranspruch	225
3.	Spezialisierung und Selbstverwaltung der Justiz	227
4.	Bundesweite Regelung und Gerichtsorganisationshoheit der Länder	227
II.	Grundlegende Postulate für den Ausbau der Spezialisierung	228
1.	Rückschlüsse aus dem institutionentheoretischen Rahmen und den potentiellen Spezialisierungseffekten	228
2.	Designmäßige Entschärfung inhärenter Nachteile der Spezialisierung	229
a)	Zersplitterung der Rechtsordnung.....	230
b)	Der Vorwurf der Zwei-Klassen-Justiz	231
c)	Fallkonzentration und Fehlen eines institutionellen Ideenaustausches	233
d)	Erschwerung der Geschäftsplanaufstellung und Zuständigkeitsabgrenzung	234
e)	Inhärente Nachteile einer übermäßigen Richterkonzentration....	236
aa)	Gefahr der Selbstüberschätzung und des fehlenden Austausches	236
bb)	Repetitive Arbeitsweise und Risiken für die Rechtsprechung, die Rechtsfortbildung und die Attraktivität des Richterberufs	236
cc)	Beeinträchtigung des Eindrucks von Objektivität und Unabhängigkeit durch Einfluss von Parteivertretern und Partikularinteressen.....	237
dd)	Strukturmaßnahmen gegen eine übermäßige Richterkonzentration.....	238
3.	Empirische Unsicherheiten über die Wirkungen der Spezialisierung und Eigenwert der ZPO und des GVG: Eine Mahnung zur Zurückhaltung.....	239
4.	Intrinsische Qualitäts- und Effizienzsteigerung.....	241
a)	Gebot der kritischen Betrachtung weitergehender Maßnahmen zur bloßen Attraktivitätssteigerung.....	241
b)	Wert und Kompatibilität rechtsvergleichender Erkenntnisse in Zusammenhang mit der Spezialisierung	242
c)	Schiedsgerichtsbarkeit als Rezeptionsquelle?	242
§ 7	Maßnahmensynthese	244

I.	Ausbau der Spezialisierung auf Gerichts- und Spruchkörperebene .	244
II.	Maßnahmen zur Erhöhung der Fallkonzentration	247
III.	Maßnahmen zur Erhöhung der Richterkonzentration	249
1.	Idealrichterbild in wirtschaftszivilrechtlichen Streitigkeiten: der sacherfahrene Volljurist	249
2.	Ausbau der Spezialisierung auf Grundlage des Zivilkammermodells	250
3.	Spruchkörperspezialisierung in Sachgebieten ohne obligatorische Vorgabe	252
4.	Spruchkörperspezialisierung im Instanzenzug	254
5.	Geschäftsplanaufstellungsrichtlinien zur Richterkonzentration	257
6.	Personalpolitik	258
IV.	Beschleunigung des Wissenstransfers in Spezialmaterien durch Kammerzuständigkeit	260
V.	Notwendige flankierende Maßnahmen	261
1.	Erhöhung des Justizetats	261
2.	Moderne Kommunikationstechniken und Ausstattung	262
3.	Sichtbarkeit und Kommunikation	263
4.	Fortlaufende Bewertung der Spezialisierung durch den Gesetzgeber	264
§ 8	Zusammenfassung der Ergebnisse	266
I.	Forumswettbewerb als Reformtreiber in der Ziviljustiz	266
II.	Spezialisierung als Forumsfaktor	268
III.	Gerichtsverfassungsrechtliches Instrumentarium in wirtschaftszivilrechtlichen Streitigkeiten	269
IV.	Defizite spezialisierter Spruchkörper in Wirtschaftszivilstreitigkeiten	272
V.	Reformmaßstab	275
VI.	Maßnahmensynthese	277
	Literaturverzeichnis	282